

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 37 (1958)
Heft: 12

Artikel: Die Krankheit der Internationale
Autor: Schönberner, Gerhard
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-337048>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 15.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

nüchterne Sachlichkeit ist dem Aufblühen hinreißender Ideologien nicht günstig.

Als dem Humanismus verpflichteter Rationalismus ist die neue, sich allmählich abzeichnende Geisteshaltung, die dem beginnenden Atomzeitalter entspricht, am ehesten befähigt, die Menschheit aus der Wirrnis unserer Tage hinauszuführen.

GERHARD SCHOENBERNER, BERLIN

Die Krankheit der Internationale

Der Generalrat der Sozialistischen Internationale hat auf seiner Sitzung in Brüssel Mitte Juni drei Resolutionen angenommen, die unsere volle Aufmerksamkeit verdienen, weil sie in charakteristischer Weise die gegenwärtigen politischen Möglichkeiten und Grenzen dieses Gremiums bezeichnen, sowie Rückschlüsse auf die in ihm vertretenen Auffassungen und seine Arbeitsweise zulassen.

Die erste Resolution über kollektive Sicherheit und Abrüstung setzt sich für eine Einstellung der Kernversuche, die Abhaltung einer Gipfelkonferenz und ein militärisches Disengagement in Mitteleuropa ein. Es entsprach dieser in sich geschlossenen Konzeption, daß man an ihr ohne Abstriche festhielt, obwohl vor allem der letzte Punkt auf die Ablehnung Frankreichs und Hollands stieß, während Belgien, USA, Exilspanien und Israel sich der Stimme enthielten, so daß die Entschließung nur mit zehn Stimmen angenommen wurde.

Auf diese Weise ist eine Erklärung entstanden, die nicht nur politisch beachtlich ist, sondern auch einen methodischen Hinweis enthält, weil sie den Versuch rechtfertigt, den politischen Prinzipien, die in der Internationale leitend sein sollten, notfalls auch in einer Kampfabstimmung die Mehrheit zu erstreiten. Er ist, wie sich erweist, im Ergebnis sinnvoller, als die oft geübte Praxis, zur Sicherung einer möglichst breiten Übereinstimmung bestehende gegensätzliche Auffassungen von vorneherein durch Kompromißformeln zu überdecken, die erfahrungsgemäß immer auf Kosten der notwendigen politischen Klarheit gehen, ohne auch nur die gewünschte Einmütigkeit in jedem Falle zu sichern.

Gleichzeitig hat der Generalrat jedoch zwei weitere Resolutionen zur Lage in Frankreich und in Algerien verfaßt, die an politischer Einsicht und Entschiedenheit weit hinter der ersten Entschließung zurückbleiben und nicht

der Rolle entsprechen, die der Internationale ihrer eigenen Zielsetzung nach zukommt.

Unsere Einwände sind nicht neu. Es ist bekannt – wenn auch nicht durch die sozialdemokratische Presse –, daß sogar von Mitgliedern der Internationale bereits in ähnlichen Fällen aus den gleichen Gründen öffentlich Kritik geübt worden ist. Insofern sind die beiden jüngsten Entschlüsse nur im negativen Sinne typische Beispiele, die sich sicher noch vermehren ließen. Wir meinen jedoch, daß eine Analyse, die sich auf sie beschränkt, bereits hinreichend deutlich eine Kritik begründen kann, die sich allerdings nicht nur gegen zwei Resolutionen richtet, sondern gegen die politische Haltung, deren Ausdruck sie sind.

II.

Die Resolution über die Lage in Frankreich, die bei Stimmenthaltung der Schweiz und Israels angenommen wurde, hat folgenden Wortlaut:

«Die Sozialistische Internationale gibt ihrer Besorgnis über die Lage in Frankreich und über die Umstände, unter denen die gegenwärtige Krise entstanden ist, Ausdruck. Sie erklärt sich solidarisch mit den französischen Demokraten in ihrer Wachsamkeit und Entschlossenheit, gegen alle Elemente zu wirken, die versuchen könnten, dem französischen Volk eine nichtdemokratische Verfassung aufzuzwingen. Die Sozialistische Internationale stellt mit großer Genugtuung fest, daß alle Sektionen der Sozialistischen Partei Frankreichs mit Entschiedenheit ihren Wunsch und ihre Absicht geäußert haben, die Einheit der Partei in der gegenwärtigen schwierigen und beispiellosen Lage aufrechtzuerhalten. Die Sozialistische Internationale ist davon überzeugt, daß es der Sozialistischen Partei Frankreichs unter allen Umständen gelingen wird, die demokratischen Freiheiten zu verteidigen.»

Was heißt in diesem Falle «Besorgnis» über die französische Krise und die «Umstände» ihrer Entstehung? «Besorgt» war das State Department in Washington auch, wenn auch bekanntlich aus anderen Gründen. Daher wäre eine Konkretisierung, welche spezifischen Sorgen die Sozialistische Internationale hatte, und eine Qualifizierung der Umstände, die sie auslösten, unerlässlich gewesen, falls man die Absicht verfolgte, seine politische Auffassung zu einem aktuellen Problem zu deklarieren. Falls man diese Absicht nicht verfolgte, hätte man besser keine Resolution verfaßt, denn der Zwang der Routine, zu jedem Ereignis seine Ansicht zu äußern, nur weil eine Äußerung erwartet wird, auch wenn man eine solche gemeinsame Ansicht nicht hat, führt – wie unser Beispiel zeigt – zu Resultaten, die dem Ansehen der Internationale unter Umständen abträglicher sind als der Entschluß zu schweigen.

Das Endprodukt solcher Kompromisse mag die Routiniers der Taktik eine schlaue Lösung dünken, die sie sich als Erfolg ihres Verhandlungsgeschicks anrechnen. Aber der politische Effekt dieser zum Selbstzweck gewordenen Konferenztechnik bleibt auf den eigenen Kreis beschränkt, während man in der Öffentlichkeit, an die man sich wendet, auf diese Weise niemand mehr überzeugen und niemand gewinnen kann.

Der Verzicht auf jede politische Qualifizierung, die bei einer konkreten Beschreibung und Analyse des gesellschaftlichen Tatbestandes unumgänglich wäre, führt zu unscharfen, allgemeinen Formulierungen, die schließlich diesen Tatbestand selbst überhaupt nicht mehr fassen. Das Ergebnis ist eine zunehmende Sinnentleerung des Textes, die mitunter geradezu erschreckende Formen annimmt.

In wessen Interesse «könnte» zum Beispiel der schrittweise Abbau der französischen Demokratie nach Meinung des Generalrats liegen, welche «Elemente» meinte man, waren sie nicht erkennbar oder scheute man sich, sie namentlich zu nennen?

Und von welchen «französischen Demokraten» und welcher «Entschlossenheit» konnte hier noch die Rede sein, da die bürgerlichen Parteien unter Führung von Guy Mollet sich bereits anschickten, den Spitzenkandidaten der algerischen Putschisten freiwillig zu akzeptieren? War die Aufrechterhaltung des gesellschaftlichen Status quo nicht das einzige erkennbare Ziel, zu dessen Verteidigung sie «unter allen Umständen» entschlossen schienen?

Konkret: Billigt der Generalrat die Unterstützung de Gaulles durch den rechten Flügel der SFIO oder nicht? Auf diese Frage, die allein die internationale Öffentlichkeit interessiert und die sozialistische Bewegung beunruhigt, gibt diese Erklärung keine Antwort. Statt dessen lobt sie den festen Willen der SFIO, die Einheit der Partei auf jeden Fall zu wahren, ohne zu fragen, um welchen Preis und mit welchen Mitteln diese scheinbare Geschlossenheit heute aufrechterhalten wird. Die Autoren wenden den Begriff der Parteieinheit wohl rein formal an, als ob sie einen Eigenwert darstellte, obwohl immer deutlicher wird, daß nur noch innere Auseinandersetzungen, Änderungen in der Führung und eine Revision ihrer bisherigen Politik diese Partei moralisch am Leben halten und ihre organisatorische Weiterexistenz rechtfertigen können.

So stellt diese Resolution, die, wie die Schlußphase zeigt, gleichzeitig als indirekte Adresse an die französischen Sozialisten und zu deren Ermutigung gedacht ist, inhaltlich nur eine Entmutigung aller positiven und bewußten sozialistischen Kräfte in der SFIO und eine indirekte Solidaritätserklärung mit dem opportunistischen Kurs ihres gegenwärtigen Generalsekretärs und seiner Gruppe dar.

III.

Womöglich noch einen Schritt weiter geht die Resolution über Algerien, die sogar einstimmig angenommen wurde:

«Die Sozialistische Internationale verteidigt den Grundsatz der Freiheit aller Nationen; sie anerkennt aber auch, daß die wirtschaftliche Interdependence und die kulturelle Verbindung zwischen Frankreich und Algerien Beziehungen geschaffen haben, für die nur wenig ähnliche Beispiele zu finden sind. Die Sozialistische Internationale verurteilt alle Erscheinungen der Folterung, des Terrors, der Einschüchterung und der Unterdrückung der bürgerlichen Freiheiten in Algerien. Ungeachtet der während der Feindseligkeiten geschaffenen Erbitterung verlangt die Sozialistische Internationale, daß dem algerischen Konflikt durch friedliche Verhandlungen und auf der Grundlage einer Garantie der demokratischen Freiheiten ein Ende gesetzt wird, um allen Bewohnern Algeriens einen gleichen Anteil an der Zukunft des Landes zu gewährleisten. Man kann weder von den französischen Behörden noch von den verschiedenen Gruppierungen, welche die algerische öffentliche Meinung vertreten, erwarten, daß sie Verhandlungen auf der Grundlage einer Kapitulation einleiten würden. Die Sozialistische Internationale ist daher im voraus der Meinung, daß die Verhandlungsbedingungen keine der wesentlichen Auffassungen – von der Integration Algeriens mit Frankreich bis zur Selbstbestimmung Algeriens auf demokratischer Grundlage mit Garantien der Minderheitenrechte – ausschließen dürfen.»

Hier hat der Generalrat das Kunststück fertiggebracht, einen Text zu formulieren, der – wie ein großes ausländisches Blatt schrieb – weder die Anhänger der Integrationspolitik de Gaulles in Verlegenheit bringt, noch die Befürworter der Unabhängigkeitsforderungen der FLN enttäuscht.

Nun läßt sich zweifellos streiten, ob an diesem Satz mehr als die erste Behauptung richtig ist. Auf jeden Fall wird man der Genauigkeit halber hinzufügen müssen, daß diese Erklärung auch keine der beiden Seiten befriedigen kann. Aber die vermutlich noch immer heftigen Einwände, die ein Soustelle erheben würde, schließen keineswegs aus, daß diese Formulierung, die – aus welchen Gründen immer – nicht auf der Höhe der politischen Erkenntnis ist, die ein theoretisch bewußter Sozialist aus den erreichbaren Informationen ziehen muß, praktisch einer Verschleierung der realen Verhältnisse dient, die ausschließlich im Interesse der französischen Imperialisten liegt.

Die Internationale erkennt gleichzeitig das prinzipielle Selbstbestimmungsrecht der Völker wie die Schwierigkeit der konkreten Anwendung dieses Grundsatzes auf den spezifischen Fall Algeriens an, ohne indessen zu sagen, welche Schlüsse sie daraus zieht.

Sie verurteilt zwar alle «Erscheinungen des Terrors», spricht aber von ihnen so abstrakt und allgemein, als wenn es sich um ein selbständiges Phänomen handelte, ohne klar zu sagen, von wem er ausgeübt wird und gegen wen er sich richtet. Diese offenbar bewußte Ungenauigkeit weist jedoch bereits auf eine ambivalente Tendenz hin.

Es hieße nun aber Ursache und Wirkung verwechseln, wollte man die Unterdrückungsmaßnahmen eines anachronistisch gewordenen Kolonialregimes und die von ihm ausgelöste nationale Unabhängigkeitsbewegung qualitativ gleichsetzen, ohne zu erkennen, daß der Partisanenkampf nur eine durch die Verhältnisse erzwungene Ausdrucksform dieser Bewegung ist, das letzte und einzige Mittel, das dem algerischen Volk geblieben ist, um seinen Willen kundzutun.

In dieser Situation geht das Postulat «allen Bewohnern Algeriens einen gleichen Anteil an der Zukunft des Landes zu sichern» im Grunde nicht über die sybillinischen Formeln de Gaulles hinaus, da die zentrale Frage des künftigen Status Algeriens, an die heute jede Realisierung von Freiheit und Gleichheit im Lande gebunden ist, kurzerhand ausgeklammert wird.

Hier vermeidet die Erklärung jede materielle Festlegung und zieht sich auf rein methodische Ratschläge zurück, die jedoch ebenso unrealistisch bleiben wie die kategorische Forderung, «daß dem Konflikt ... ein Ende gesetzt wird», bei der wiederum völlig offen bleibt, an wessen Adresse sie sich richtet oder wer solche Verhandlungen verweigert.

Daß die NATO heute das Instrument ist, das Frankreich die Fortsetzung des Algerienkrieges ermöglicht, der ohne die indirekte Finanzhilfe der USA und der Deutschen Bundesrepublik längst beendet wäre, wird mit keinem Wort erwähnt. Auf die realen ökonomischen und strategischen Interessen dieser Politik fehlt ebenfalls jeder Hinweis. Ungeklärt bleibt schließlich, welche «verschiedenen Gruppierungen» auf algerischer Seite gemeint sind, obwohl eine Äußerung von prominenter Seite auf dem Stuttgarter Parteitag der SPD den Verdacht bestärkt, daß man die von den Franzosen ausgerüstete algerische Quislingarmee ernsthaft als selbständige politische Bewegung neben der FLN betrachtet.

Der ganze Text zeigt das Bestreben der Internationale, die Rolle eines Schiedsrichters einzunehmen, der über den streitenden Parteien steht, sich aus ihren Kämpfen heraushält und beide Seiten zur Vernunft ermahnt. Eine solche Haltung wäre jedoch allenfalls einer internationalen Schlichtungskommission der UNO angemessen, wenn auch selbst sie auf die Dauer nicht umhin könnte, aus der materiellen Prüfung der Lage weitergehende Schlüsse zu ziehen und die Ursachen der Erscheinungen aufzudecken, falls sie es mit ihrer Aufgabe ernst nähme.

Tatsächlich würde man an der vorliegenden Resolution, die auch vom Weltkirchenrat oder irgendeiner philanthropischen Vereinigung verfaßt sein könnte, kaum den Autor erraten, so wenig profiliert ist sein politischer Standpunkt. Dabei verkennt die Internationale völlig, daß sie als gemeinsame Vertretung aller sozialistischen Parteien gerade die Aufgabe hat, Partei zu ergreifen und eindeutig Stellung zu beziehen. Unabhängig von künftigen Lösungsversuchen könnte sie daher nur «im voraus der Meinung» sein, daß die Unabhängigkeit Algeriens heute die allein realistische und vom sozialistischen Standpunkt aus wünschenswerte Regelung wäre. Zur Methode aber könnte sie nur eine Volksabstimmung unter internationaler Kontrolle vorschlagen, die den freien Willen der algerischen Bevölkerung zum Ausdruck bringt.

Gerade eine solche Form der entschiedenen Parteilichkeit, die mit den objektiven Erfordernissen der Entwicklung im Einklang steht, macht seit jeher die Stärke der sozialistischen Position aus; nicht eine äußerliche «Objektivität», die objektiv im Sinne des Gegners parteiisch wird, indem sie seine Denkkategorien anwendet und sein Vokabular übernimmt.

Es gibt keinen denkbaren Grund für die Sozialistische Internationale, mit einer klaren sozialistischen Stellungnahme in irgendeiner Frage oder zu irgendeinem Zeitpunkt zurückzuhalten, es sei denn, sie vertrate sie gar nicht. In einem solchen Falle würde es der Klärung innerhalb und außerhalb der sozialistischen Bewegung dienen, wenn der Generalrat seine andersartige Auffassung offen vertreten und begründen würde. Sollte die intellektuelle, politische und stilistische Unschärfe seiner Erklärungen dagegen die Folge von Meinungsverschiedenheiten innerhalb dieses Gremiums sein, was aus vielen Gründen wahrscheinlicher ist, so wäre es besser, die gegensätzlichen Auffassungen ebenfalls offen auszusprechen, statt Kompromisse um einer Einigkeit willen zu schließen, die unsere Sache nicht stärkt, sondern nur schwächt.

Mit solchen Erklärungen, wie der hier zitierten, verrät die Internationale nicht nur ihre Aufgabe, sondern richtet sich selbst zugrunde, denn es geht heute nicht nur um die Zukunft Algeriens und Nordafrikas, sondern gleichzeitig damit um ihr Ansehen und ihren Einfluß bei den farbigen Völkern. Wenn sie an ihrem Willen festhält, die Alternative zwischen Kapitalismus und Kommunismus aufzuheben, was allerdings täglich aussichtsloser wird, muß sie auch einen «dritten Weg» zeigen, der für diese Länder gangbar ist. Nur so kann sie politisch aufklären und leiten, neue Kräfte an sich ziehen und zu einem Faktor werden. Indem sie sich aber ihrer eigenen Aufgabe freiwillig begibt und auf eine Stellung absinkt, in der die Herrschenden sie nicht mehr fürchten, weil sie ihnen nicht schadet, während die Völker nicht auf sie hören, weil sie ihnen nicht hilft, schließt sich die Sozialistische Inter-

nationale selbst aus dem politischen Kampf aus und besiegt im Verzicht auf jegliche Macht ihre eigene Bedeutungslosigkeit.

J. W. BRUEGEL

Robert Grimm über Bolschewismus und Nationalsozialismus

Eine Erinnerung an 1940

Den Lesern der «Roten Revue» sind die die Schweiz betreffenden Auszüge aus den anglo-amerikanischen Publikationen deutscher diplomatischer Dokumente aus der Vorkriegs- und Kriegszeit vertraut. Natürlich enthalten die veröffentlichten Bände nur einen Bruchteil des verfügbaren Materials und beschränken sich auf die großen Zusammenhänge. Aber vieles von dem erbeuteten Material, das nicht gedruckt veröffentlicht werden kann, ist trotzdem von bedeutendem Interesse. Dankenswerterweise hat das britische Foreign Office dem Verfasser ermöglicht, ungedrucktes Material, vor allem die Akten der Deutschen Gesandtschaft in Bern für die Zeit von 1936 bis 1943, zu studieren. Ungeachtet der Frage, in welcher Form das Ergebnis dieser Studien der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden wird, werden es die Leser sicherlich begrüßen, wenn aus dem Komplex ein in sich abgeschlossenes Einzelproblem herausgehoben wird, daß das Andenken an einen kürzlich verstorbenen Großen der schweizerischen und der internationalen Arbeiterbewegung wachzuhalten in der Lage ist.

Knapp nach Ausbruch des Zweiten Weltkrieges, als die Sowjetunion, mit Deutschland verbündet, über das wehrlose Finnland herfiel, hielt die bernische Sozialdemokratie am 18. Februar 1940 ihren Parteitag ab. Das politische Referat erstattete Robert *Grimm*. Was sich weiter begab, entnehme man zunächst der folgenden wörtlich wiedergegebenen Note der Deutschen Gesandtschaft in Bern an das Eidgenössische Politische Departement:

Nr. 3719
Deutsche Gesandtschaft
1 Anlage

Die Deutsche Gesandtschaft beeiert sich, dem Eidgenössischen Politischen Departement folgende Angelegenheit zu unterbreiten:

Der Regierungspräsident des Kantons Bern, Herr Robert *Grimm*, der zugleich Präsident der Eidgenössischen Arbeitsbeschaffungskommission